Presse

Niedersachsen

Niedersächsisches Ministerium für
Inneres und Sport

Verfassungsschutz

Redebeitrag von Minister Boris Pistorius

für das Symposium des Niedersächsischen Verfassungsschutzes „Heimat und Identität – was bedeutet das heute in Europa?“ am 07.08.2017:

Es gilt das gesprochene Wort:

Sehr geehrte Frau Brandenburger,
sehr geehrter Herr Zaimoglu (Schriftsteller, späterer Referent),
sehr geehrter Herr Dr. Schönfelder (vom Verfassungsschutz, späterer Referent),
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte Sie sehr herzlich zum diesjährigen Symposium des Niedersächsischen Verfassungsschutzes begrüßen. Das Thema lautet „Heimat und Identität – was bedeutet das heute in Europa?“. Als niedersächsischer Innenminister und als bekennender Europäer zugleich liegt mir das Thema der heutigen Veranstaltung ganz besonders am Herzen. Diese Frage zum Gegenstand des heutigen Symposiums zu machen, halte ich – gerade im Hinblick auf die krisenhaften Entwicklungen in Europa – für einen guten und wichtigen Ansatz.

Der Diskurs über Heimat und Identität in Europa erlebt in den vergangenen Jahren geradezu eine Renaissance, nachdem dieses Thema zuvor eher in den Hintergrund gerückt war. Doch warum sind solche Fragen nach der eigenen gefühlten Zugehörigkeit für viele Menschen wieder von so großer Bedeutung?

Darauf möchte ich zunächst ganz grundsätzlich eingehen, gerade vor dem Hintergrund der Entwicklungen in und um Europa, die die Debatten um das Thema Identität prägen. Befeuert werden diese Diskussionen besonders durch verschiedene extremistische Bewegungen, für die Begriffe wie Heimat und Identität häufig sinnstiftend sind. Daher werde ich später versuchen, deutlich zu machen, welche Bedeutung die Frage nach der Identität für den islamistischen Extremismus sowie den Rechts- und Linksextremismus hat.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Verfassungsschutz Büttnerstraße 28 30165 Hannover	Tel.: (0511) 6709 - 217 Fax: (0511) 6709 - 394	www.verfassungsschutz.niedersachsen.de E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@verfassungsschutz.niedersachsen.de

was ist für Sie eigentlich Heimat? So unterschiedlich die Menschen nun einmal sind, so unterschiedlich werden auch ihre Antworten darauf ausfallen. Wie auch immer Menschen Heimat verstehen, für sehr viele – auch für mich – ist dieses spezielle Zugehörigkeitsgefühl äußerst wichtig. Für manche ist Heimat der Ort, an dem man lebt. Für manche ist es die Familie und das nähere Umfeld, das Heimat ausmacht. Für andere, die sich eher als Kosmopoliten verstehen, ist Heimat etwas Globales, sprich, für sie hat der Begriff im ursprünglichen Wortsinn eigentlich keine Bedeutung.

Schaut man nun auf die Entwicklungen in Europa und auch andere Teile der Welt, ist zu beobachten, dass der Heimatgedanke und die nationale Identität wieder stärker betont werden. In vielen europäischen Staaten gibt es ein Erstarken der Rechtspopulisten, die vor allem gegen Migranten wettern und unter anderem die Schließung von Grenzen fordern. US-Präsident Donald Trump steht mit seiner Philosophie des „America first“ für eine Politik des Protektionismus und des nationalen Egoismus. Und die Briten haben sich mit ihrem Volksentscheid aus der Europäischen Union verabschiedet.

Diese und weitere Entwicklungen entstammen auch den Folgen der Globalisierung, die teilweise zu Verunsicherung bei vielen Menschen in Europa führen. Globalisierungsprozesse sind in allen Bereichen spürbar, sei es in der Wirtschaft, in der Migration oder in verschiedenen Kriminalitätsbereichen wie Cybercrime oder Terrorismus. Wir müssen die Sorgen, die deshalb entstehen, sehr ernst nehmen und das tun wir auch. Das heißt aber eben nicht, die rückwärtsgewandte Tendenz hin zu einem stärkeren Nationalismus mitzugehen. Im Gegenteil: In einer immer komplexeren Welt braucht es eine enge Vernetzung in einem Staatenverbund wie der EU aber auch außerhalb davon. Nationalstaaten können im Alleingang keine Probleme lösen, die sich über Ländergrenzen hinweg auswirken. Deshalb sollten wir uns – gerade jetzt – klar zu Europa und zum europäischen Gedanken bekennen. Europa ist die Lösung und nicht das Problem!

Als ich jung war – Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre – herrschte unter der jüngeren Generation geradezu eine Europa-Begeisterung. Ein stark vernetztes, solidarisches und friedliches Europa war die Vision, die vielen von uns vorschwebte. In den Jahren nach dem Ende des Kalten Krieges wurde diese Vision – auch zu meiner Freude – Wirklichkeit, und die Europäische Union wurde nach und nach größer.

Inzwischen gibt es gerade in vielen osteuropäischen Ländern die Tendenz hin zu einem Antieuropaismus. Gerade deshalb ist auch das Bekenntnis der Zivilgesellschaften zu dieser, unserer Wertegemeinschaft so unverzichtbar. Ein schönes Beispiel dafür sind die „pulse of europe“-Kundgebungen. Ich bin überzeugt, die europäische Idee ist keineswegs am Ende, auch wenn es zweifellos einige Baustellen in der Europäischen Union gibt. Diese Probleme gilt es, anzupacken und gemeinsam ein deutliches Zeichen pro Europa zu setzen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Verfassungsschutz Büttnerstraße 28 30165 Hannover	Tel.: (0511) 6709 - 217 Fax: (0511) 6709 - 394	www.verfassungsschutz.niedersachsen.de E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@verfassungsschutz.niedersachsen.de

Heimat und Identität wird von vielen Menschen in Deutschland und Europa zuallererst national „gedacht“. Das belegen auch die Zahlen des Eurobarometer 2017. 91 Prozent der Europäer fühlen sich eng mit ihrem Land verbunden. 57 Prozent sind es, die sich eng mit der EU verbunden fühlen, das sind immerhin fünf Prozent mehr als noch im Vorjahr.

Eine solche stärkere nationale Identifikation ist auch legitim und die Normalität. Eine enge Vernetzung und Verzahnung der europäischen Staaten hat auch nicht den Zweck, Nationalgefühle oder Nationalstolz in irgendeiner Weise zu unterminieren. Beides funktioniert nebeneinander. Es ist keineswegs ein Widerspruch, sich in erster Linie als Bürger aus Deutschland zu verstehen und gleichzeitig als Europäer, der sich mit seinen Nachbarstaaten eng verbunden fühlt. Ohnehin ist es nicht möglich – und das ist auch gut so – Bürgern aufzuoktroyieren, zu was sie sich stärker zugehörig fühlten sollten. Eine europäische Identität lässt sich nicht erzwingen, sondern kann sich nur in einem langfristigen Prozess entwickeln.

Es gibt jedoch Gruppierungen, deren grundsätzliche Ablehnung der Europäischen Union zum Charakteristikum ihrer exkludierenden nationalen Identität gehört. Sie setzen sich für starke, souveräne Nationalstaaten ein, die sich nicht europäischem Recht und europäischen Regeln unterordnen müssen. Diese zumeist rechten bzw. rechtsextremen Bewegungen und Parteien sind gegen die Freizügigkeit und die offenen Grenzen im Schengen-Raum. Sie sehen ihre nationale Identität durch vermeintlich fremde und andersartige Menschen im eigenen Land gefährdet. Diese oft paranoide Ablehnung richtet sich also vor allem gegen Zuwanderer und Migranten und eine angebliche „Überfremdung“.

Tatsächlich haben sich die Bevölkerungsstrukturen in vielen europäischen Staaten in den vergangenen fünf Jahrzehnten durch Zuwanderer erheblich verändert. In den sechziger Jahren kam eine große Zahl an Gastarbeitern aus Südeuropa und der Türkei nach Deutschland. Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten wurden beispielsweise viele Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien und Rumänien bei uns aufgenommen. In jüngster Zeit waren es besonders Flüchtlinge aus Syrien, Irak und Afghanistan, die aufgrund der Konflikte in ihren Ländern nach Deutschland gekommen sind.

Die daraus resultierende gestiegene Vielfalt und die Bereicherung für unsere Gesellschaft durch die Einwanderung werden von solchen rechten Gruppierungen dabei komplett ignoriert oder negiert. Und in diesem Zusammenhang ignorieren sie auch, dass wir schlicht und einfach auf den Arbeitsmärkten auf Zuwanderung angewiesen sind. Wir sind eine Einwanderungsgesellschaft und werden es auch angesichts des demografischen Wandels bleiben!

Sehr geehrte Damen und Herren,

viele von den zu uns gekommenen Migranten sind in Deutschland sesshaft geworden. Viele haben hier Familien gegründet. Viele sehen Deutschland inzwischen als ihre Heimat oder als ihre zweite Heimat an. Und viele haben sich auch hervorragend in unsere Gesellschaft integriert. Wenn sich diese Zuwanderer ihrer Herkunft bewusst sind und weiter alte Traditionen pflegen, schließt das doch nicht aus, dass sich diese Menschen hier heimisch fühlen.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Verfassungsschutz Büttnerstraße 28 30165 Hannover	Tel.: (0511) 6709 - 217 Fax: (0511) 6709 - 394	www.verfassungsschutz.niedersachsen.de E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@verfassungsschutz.niedersachsen.de

Es ist dennoch – und so ehrlich muss man auch sein – zu Versäumnissen und Fehlern bei der Integration gekommen. Wenn zum Beispiel eine serbische Mutter, die seit über 20 Jahren hier lebt, deutsch höchstens bruchstückhaft spricht, dann hat die Integration in diesem Fall nicht funktioniert. Auch angesichts der Zustimmungswerte von über 60 Prozent der in Deutschland lebenden Türkinnen und Türken für Erdogans Verfassungsreferendum, ist es zu lebhaften Debatten gekommen. Diese drehten sich um die Frage, inwiefern sich Menschen mit anderen kulturellen Hintergründen eigentlich mit unserem freiheitlich-demokratischen System und unseren Werten identifizieren. Dieses Wahlergebnis muss man angesichts der niedrigen Beteiligung sicherlich differenziert betrachten, aber dennoch stimmt es nachdenklich und hinterlässt offene Fragen.

Wichtig ist daher, dass wir uns zum einen von rechten Pauschalisierungen gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund distanzieren und uns dagegen verwehren. Zum anderen dürfen wir weder Probleme bei der Integration beschönigen, noch dürfen wir demokratiefeindliche Tendenzen unter Migranten verharmlosen.

Integration ist ein langwieriger und schrittweiser Prozess, der vielfach gut funktioniert, in manchen Bereichen aber auch verbesserungswürdig ist. Für uns als niedersächsische Landesregierung steht die Integrationspolitik deshalb auf der politischen Agenda ganz weit oben. Wir haben unterschiedliche Instrumente zur Förderung von Integrationsprozessen entwickelt und werden unsere Bemühungen fortsetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

leider gibt es Minderheiten in unserem Land, die kein Interesse an einer gelingenden Integrationspolitik haben. Dazu gehören Extremisten jedweder Couleur. Sie reklamieren für sich die Deutungshoheit über Begriffe wie Heimat und Identität und schließen damit alles und jeden, der dem nicht entspricht, aus.

Ein Beispiel dafür sind die bereits genannten rechtsextremen und rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien, die in vielen Ländern Europas in den vergangenen Jahren erstarkt sind. Auch in Deutschland hat sich das in der Gründung der AfD manifestiert, deren Zustimmungswerte aber glücklicherweise zuletzt deutlich zurückgegangen sind.

Die AfD und viele weitere rechte Strömungen in Europa eint eine grundsätzliche Islamfeindlichkeit. Zwischen Muslimen und Islamisten wird bewusst nicht unterschieden: Jeder Muslim gilt als potenzieller Islamist. Damit schüren sie Ängste und Verunsicherung innerhalb der Bevölkerung vor einer „Überfremdung“ und Bedrohung der Sicherheit. Bei den Pegida-Demonstrationen wurde – schon verankert in Namen – von einer angeblichen „Islamisierung des christlichen Abendlandes“ fabuliert. Die Verteidigung unserer nationalen Identität wurde dabei auch mit einer Verteidigung unserer christlichen Identität in einen Topf geworfen. Dass viele der dortigen Reden nicht ansatzweise vereinbar waren mit Grundsätzen der christlichen Nächstenliebe, zeigt die Doppelmoral rechter Agitatoren.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Verfassungsschutz Büttnerstraße 28 30165 Hannover	Tel.: (0511) 6709 - 217 Fax: (0511) 6709 - 394	www.verfassungsschutz.niedersachsen.de E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@verfassungsschutz.niedersachsen.de

Wir als Landesregierung und auch ich haben uns damals – und tun das auch heute – entschieden gegen diese Stigmatisierungen ganzer Bevölkerungsgruppen verwehrt und immer betont: Der Großteil der bei uns lebenden Muslime ist friedlich eingestellt und gewillt, sich zu integrieren. Eine, wie auch immer geartete, Islamisierung unserer Gesellschaft entspricht nicht der Realität, um das klar zu sagen.

Es ist ein Markenzeichen vieler rechter Gruppierungen, dass sie Begriffe wie Heimat und Identität überhöhen und alles, was nach ihrer Auslegung nicht „deutsch“ ist, davon ausgrenzen. Für eine rechtsextreme Partei wie die NPD steht diese deutsche Identität über allem. Gegen Ausländer und auch deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund wird in oft widerwärtiger Weise gehetzt. Es ist daher gut und wichtig, dass die Partei in naher Zukunft auch dank der niedersächsischen Bundesrats-Initiative von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen wird.

Die AfD dagegen gibt sich gerne als bürgerliche Partei mit vermeintlich moderaten rechten Positionen. Viele Äußerungen zeigen aber, dass dieses bürgerliche Gebaren vielfach nur Fassade ist und klare rechtsextreme Tendenzen innerhalb der Partei bestehen. Ein Beispiel: Der jetzige Spitzenkandidat der AfD für die Bundestagswahl, Alexander Gauland, hatte bei einer früheren Veranstaltung den NPD-Wahlkampfslogan „Heute tolerant, morgen fremd im eigenen Land“ zitiert. Diese Aussage belegt, dass die Intoleranz gegenüber „fremden“ Bevölkerungsgruppen, Kern der von ihnen propagierten deutschen Identität ist.

Die AfD ist derzeit kein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes und das ist auch richtig so. Falls sich die Partei jedoch in eine rechtsextreme Richtung entwickeln sollte, was keineswegs ausgeschlossen ist, darf und wird es kein Tabuthema sein, über eine Beobachtung nachzudenken.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Suche nach Heimat und Identität ist auch ein wichtiges Thema im Islamismus. Das zeigt sich seit einigen Jahren in besonderer Weise unter Salafisten.

Dem Salafismus liegt eine Ideologie der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit zugrunde. Die Abwertung anderer gesellschaftlicher Gruppen und die Abgrenzung von ihnen ist ein konstitutives Merkmal dieser Glaubensrichtung. In diesem Punkt ist der Salafismus dem Rechtsextremismus gar nicht so unähnlich. Die salafistische Ideologie richtet sich gegen Meinungsfreiheit, Pluralität und die Gleichheitsgrundsätze unserer Demokratie. Einige radikale Salafisten nutzen ihre religiös begründete Abwertung anderer Menschen, um Gewalt gegenüber vermeintlichen Feinden des Islams – Muslime und Nicht-Muslime gleichermaßen – zu legitimieren. Sie identifizieren sich nicht mit einem bestimmten Staat, sondern mit der extremistischen Auslegung ihres Glaubens. Für viele von Ihnen stehen die Grundsätze der Scharia über den staatlichen Gesetzen und Normen.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Verfassungsschutz Büttnerstraße 28 30165 Hannover	Tel.: (0511) 6709 - 217 Fax: (0511) 6709 - 394	www.verfassungsschutz.niedersachsen.de E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@verfassungsschutz.niedersachsen.de

Das Ziel der Salafisten ist es, gerade junge Menschen, die oft eine Phase der Identitätsfindung durchlaufen, von ihrer Ideologie zu begeistern. Diese Suche nach Zugehörigkeit und Identität sind Themen, die Salafisten gekonnt aufgreifen. Sie vermitteln jungen Menschen, dass eine nationale oder ethnische Zugehörigkeit unerheblich sei. Was zähle, sei das Muslimsein. So bieten sie gerade jenen jungen Menschen, die orientierungslos sind, eine Art Ersatzidentität. Deshalb ist es auch so wichtig, umfassend Präventionsarbeit in diesem Bereich zu leisten. Wir als Landesregierung haben zahlreiche Projekte angeschoben, wie zum Beispiel die Einführung der Kompetenzstelle Islamismusprävention, in der viele Institutionen miteinander vernetzt sind.

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine noch extremere Form des Salafimus ist der Djihadimus bzw. der radikale Islamismus, wobei die Übergänge oft fließend sind. Dazu zählt auch die Terrororganisation Islamischer Staat, oder kurz IS. Der IS verspricht den aus ihrer Sicht „wahren“ Muslimen weltweit die Schaffung einer Heimat, eines wahren islamischen Staatswesens. Diese Utopie aller Islamisten haben sie in Syrien und Irak in ihrem Kalifat versucht, Realität werden zu lassen.

Dieses Kalifat, so das Versprechen, solle Muslimen ein wahrhaft islamisches Leben ermöglichen, ohne dass sie durch nichtislamische Regeln, Gesetze oder gesellschaftliche Konventionen daran gehindert würden. Das, was der IS Muslimen allerdings damit verkauft, ist nichts anderes als ein menschenverachtendes Terrorregime. Mit einem richtigen Staat hat das wenig zu tun!

Doch dieses Versprechen des IS, ein islamisches Staatswesen für Muslime und damit eine „echte Heimat“ zu schaffen, müssen wir als Staat und Gesellschaft sehr ernst nehmen. Zahlreiche Ausreisen von IS-Anhängern nach Syrien und in den Irak machen deutlich, dass in diesen Kreisen das Bedürfnis nach einer solchen Heimat so groß ist, dass sie dafür in den Krieg ziehen.

Das heißt: Das Versprechen von Heimat und Identität funktioniert in der salafistischen-islamistischen Propaganda auch deshalb so gut, weil Muslime in Deutschland und anderen Staaten teilweise Erfahrungen mit Ausgrenzung und Diskriminierung gemacht haben. Daran zeigt sich deutlich, wie wichtig eine funktionierende Integration ist, um Radikalisierungen junger Menschen vorzubeugen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Begriffe wie Heimat oder Nation spielen dagegen im Linksextremismus formell keine Rolle. Die Autonomen als das zurzeit auffälligste Phänomen im Linksextremismus kennen keinen Staat, keine Nation, keine Heimat. Entsprechende Begriffe tauchen in ihrem Vokabular auch nicht auf. Die antideutsch ausgerichteten Autonomen als eine besondere Ausprägung inner-

halb der autonomen Szene tragen die Ablehnung von Staat und Nation bereits in ihrer Selbstbezeichnung.

Autonome verstehen sich als Internationalisten. Sie verbindet vor allem der Hass auf den globalen Kapitalismus und gleichzeitig lehnen sie den Staat, seine Repräsentanten, Institutionen und Regeln kategorisch ab.

Ähnlich wie Islamisten und Rechtsextremisten erschaffen Autonome ihre Identität, in dem sie die eigene Gruppe aufwerten und die anderen abwerten. Sie identifizieren sich nur mit den Regeln, die sie sich und ihrer Bezugsgruppe selbst gegeben haben.

Die Legitimierung von Gewalt gegen Obrigkeiten ist dabei ein Merkmal der Linksextremen und der Antonomen. Sie wirkt für Autonome identitätsstiftend. Das haben auch die Gewaltexzesse im Zusammenhang mit den Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg Anfang Juli deutlich gezeigt. Auch wenn nicht alle von ihnen selbst Gewalt ausüben, so befürworten sie in der Regel dennoch gewalttätige Auseinandersetzungen.

Gewalt wird als „Selbstbefreiung“ von Herrschafts- und Gewaltverhältnissen aufgefasst und zählt zu den tragenden Säulen des autonomen Selbstverständnisses.

Autonome stilisieren sich dabei gerne als „einsame Kämpfer auf den Barrikaden“. Dabei steht die Gewalt sowohl für ein Lebensgefühl als auch für den Zusammenhalt der autonomen Gruppe.

Um das klar zu sagen: Jegliche Form von Gewalt, unabhängig durch welche extremistischen Gruppierungen sie ausgeübt wird, ist nicht akzeptabel. Und als Landesregierung gehen wir auch konsequent dagegen vor. Ein Beleg dafür ist auch unser jüngst umgesetztes Konzept zur Bekämpfung von linksextrem motivierter Kriminalität.

Sehr geehrte Damen und Herren,

überall dort, wo Identität von Rassismus geprägt ist, wo der Schutz der eigenen Identität gar mit Gewalt legitimiert wird, dort endet unsere Toleranz. In einer solidarischen Gesellschaft erwarte ich, dass wir als Bürgerinnen und Bürger gegen jegliche Formen des Rassismus aufbegehren. Als Ausdruck einer wehrhaften Demokratie müssen gleichzeitig der Staat und die Sicherheitsbehörden repressiv vorgehen, wenn Extremisten mit ihren fehlgeleiteten Ideologien Gewalt propagieren oder ausüben.

Das Streben nach Heimat und einer Identität wohnt jedem Menschen inne. Wie jeder Einzelne für sich diese Begriffe definiert, bleibt auch jedem selbst überlassen. Allerdings dürfen dabei nie die Grenzen unseres Rechtsstaates und unseres friedlichen Zusammenlebens überschritten werden. Es ist wichtig, dass wir als Demokratinnen und Demokraten uns für einen Heimatbegriff und eine Identität stark machen, die unserer Realität einer modernen Einwanderungsgesellschaft gerecht wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,

damit bin ich auch am Ende meiner Rede angekommen. Nun folgen gleich sicherlich erkenntnisreiche Vorträge von dem Schriftsteller, Herrn Zaimoglu und Herrn Dr. Schönfelder von Niedersächsischen Verfassungsschutz. Danach wünsche ich Ihnen viel Vergnügen bei den interessanten Workshops, in denen die Bedeutung von Heimat und Identität in den einzelnen extremistischen Phänomenbereichen näher thematisiert wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Verfassungsschutz Büttnerstraße 28 30165 Hannover	Tel.: (0511) 6709 - 217 Fax: (0511) 6709 - 394	www.verfassungsschutz.niedersachsen.de E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@verfassungsschutz.niedersachsen.de